

Ronald Lutz

Zwischen Suppenküche und Protest

Einstieg

Zweifellos: Es gibt das Soziale, doch es scheint Geschichte zu werden! Mit schwerem Gerät ist man zumindest dabei die Fundamente zu zerstören. Der Verlust ist schon jetzt schmerzlich – doch wirklichen Protest dagegen kann ich nicht erkennen, außer den Montagsdemonstrationen aus dem letzten Jahr, außer kritischen Anmerkungen in der Presse, außer der Verzweiflung direkt Betroffener.

Meine erste Analyse: Die Gesellschaft scheint sich damit zu arrangieren.

Dennoch oder zum Entsetzen: Es gibt urplötzlich eine Debatte über neue Unterschichten, ausgelöst durch den Clown der Nation, Harald Schmidt, der vom „Unterschichtenfernsehen“ sprach und damit auf eine Tatsache hinwies, die allen bekannt ist: Weit über 5 Millionen Bundesbürger sind arbeitslos und viele von ihnen sitzen tagsüber vor den Shows und Gerichtssendungen der privaten Anbieter. Diese zeigen ihnen dabei nur, dass sie nicht allein sind.

In dieser Debatte wird aber schlagartig deutlich: auch die Mittelschichten können sich nicht mehr zurück lehnen und auf die da unten schauen.

Der Verlust des gut bezahlten Arbeitsplatzes kann aus Menschen binnen Jahresfrist Arme machen, wenn es ihnen nicht gelingt sich erneut auf dem Arbeitsmarkt zu platzieren oder sie über Vermögen oder sonstige Rücklagen verfügen, die aber irgendwann verbraucht sind.

Der Weg von der Mittelschicht in die Neue Unterschicht ist nicht mehr allzu lang.

Das Soziale durchlebt derzeit einen tief greifenden Wandel: ein fest verwurzeltes Verständnis über seine Inhalte, die sich über ein Jahrhundert hinweg gebildet haben, bröckelt und macht schlagartig neuen Modellen Platz.

Während es auf supranationaler Ebene soeben erst begründet wird, im Kontext von OECD, WHO, UN und EU entstehen immer mehr sozialpolitische Maßnahmen, wird es auf staatlicher Ebene völlig neu geregelt.

Die Gründe hierfür sind bekannt: Nationalökonomien und damit nationale Sozialstaaten sind im Kontext der Globalisierung zunehmend überflüssiger und machtloser.

In diesen Veränderungsprozessen gewinnen zudem bisher vernachlässigte Dimensionen des Sozialen eine neue und größer werdende Bedeutung: Die Wiederkehr der Gemeinschaften, der Verantwortung für einander in kleineren Einheiten, wird neu diskutiert.

Darin erfahren aber auch Institutionen wie bspw. Kirchen eine neue Bedeutung in ihrer unleugbaren Verantwortlichkeit für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Suppenküche und Protest befinden sich in diesen Entwicklungen in einer ungeheueren Nähe:

zum einen sind die Ersteren die notwendige Reaktion auf Regelsätze, die das Existenzminimum nicht mehr decken, damit sind auch sie Protest;

zum anderen wäre Protest, organisierter und konstruktiver Protest, eigentlich eine angemessene Reaktion.

Doch der Reihe nach.

Zur Verdeutlichung dieser These, die ja eine Aufgabenstellung beinhaltet, will ich mit Ihnen folgende Schritte gehen:

1. Wie dramatisch ist die Situation der Menschen in diesem Land?
2. Was heißt es eigentlich, wenn wir von einem aktivierenden Sozialstaat reden, gar einen sozialpolitischen Paradigmenwechsel diagnostizieren?
3. Welches Menschenbild prägt die Debatte?
4. Was meint die provokante Gegenüberstellung von Suppenküche und Protest?
5. Bausteine des Protests!

1. Wie dramatisch ist die Situation der Menschen in diesem Land?

Zahlen zur Armut

Was aber verbirgt sich hinter diesen Zahlen? Es sind Menschen, die immer mehr aus der Gesellschaft ausgegliedert werden. Es bildet sich derzeit eine Neue Unterklasse, eine neue Unterschicht, die sozial und räumlich an den Rand gedrängt wird.

Dies wird durch die Reformen am Arbeitsmarkt und die damit zusammenhängenden weiteren Verschärfungen sowie durch zunehmende subjektive Risiken radikal beschleunigt. Nach einem Arbeitsplatzverlust

beginnt ein „countdown“ von 365 Tagen, nach dessen Ablauf steht ein mitunter radikaler Absturz in das untere Segment der Gesellschaft, in Armut und Ausgrenzung, und allen damit verbundenen weiteren Abstiegsprozessen bevor.

Weitere Umbauprozesse bzw. Rücknahmen sozialpolitischer Leistungen werden die Gesellschaft noch tiefer spalten; ich denke da an die wieder aufgeflamnte Diskussion über die bisher noch solidarisch gestaltete Unfallversicherung.

Neben einem stetig wachsenden Segment des Wohlstands gibt es eine ebenfalls wachsende Unterschicht, die sich mit Billiglöhnen, Ein-Euro-Jobs oder einer Alimentierung unterhalb des Existenzminimums zufrieden geben muss.

Dass die Regelsätze das Existenzminimum abbilden ist dabei eine Mär, die schon mehrfach widerlegt wurde

- Eine Studie der Parität hat dies gezeigt.
- Ein Zeit-Artikel zur Absenkung der Sozialhilfe hat schon im Dezember darauf hingewiesen, dass man, wie auch immer, auf einen Regelsatz kommen wollte, der genau der jetzigen Höhe entspricht.

Es geht nicht wirklich um die Abdeckung des Existenzminimums, es geht um einen politisch opportunen Betrag, der auf Dauer zur weiteren Absenkung der Sozialhilfe führen wird.

Suppenküchen, Tafeln, Kleiderkammern und Almosen werden so aber wieder zum Normalvollzug sozialer Unterstützung.

Eigentlich müsste das einen umfassenden Protest der Gesellschaft hervorrufen. Doch die dafür notwendige Solidarität schwindet in einer Zeit, die immer mehr Risiken individualisiert und das Recht des Stärkeren wieder einführt.

Früher hieß es einmal „nur Stämme werden überleben“, also Solidarität und gegenseitige Unterstützung, heute heißt es schon fast wieder: nur der Leistungsfähige und Starke hat noch Chancen, nur er ist noch von gesellschaftlichem Interesse.

Zwischen den wachsenden Segmenten am oberen und unteren Rand der Gesellschaft windet sich nämlich eine zunehmend abschmelzende Mittelschicht, die entweder in einer permanenten Angst vor dem Abstieg lebt oder aber mit allen Mitteln versucht zum Wohlstandssegment aufzusteigen; eben leistungsfähig und stark zu sein.

Das aber entsolidarisiert die Gesellschaft.

Während die einen zu verwertbaren Leistungsträgern aufsteigen, die einen Nutzen für die Gesellschaft darstellen, sinken die Anderen ab und

verursachen nur noch Kosten. Diese Kosten nun will man minimieren und dabei die Gesellschaft neu sortieren.

2. Was heißt es eigentlich, wenn wir von einem aktivierenden Sozialstaat reden, gar einen sozialpolitischen Paradigmenwechsel diagnostizieren?

Das uns umgebende Soziale, der Sozialstaat, der eine von politischen Leidenschaften hoch besetzte Erfindung der Geschichte ist, scheint sich aufzulösen oder gar zu verschwinden. Dass dies Soziale keine zeitlose Existenzform menschlicher Solidarität ist zeigt sich derzeit in aller Radikalität.

Wir müssen uns deshalb noch einmal kurz vergegenwärtigen was derzeit wirklich passiert; was verbirgt sich also hinter diesem schwierigen Begriff eines „sozialpolitischen Paradigmenwechsels“?

Der Sozialstaat wurde bis vor kurzem verstanden als institutioneller Ausdruck der Übernahme von Verantwortung einer Gesellschaft für das Wohlergehen ihrer Mitglieder, dies ist in seiner allgemeinen Form im übrigen noch immer im Grundgesetz der BRD geregelt.

Diese Verantwortungsübernahme durch den Staat war bisher darauf angelegt, Bürger vor Armut und Not durch die Garantie eines Existenzminimums zu schützen, sie gegen Wechselfälle des Lebens oder Risiken infolge von Invalidität, Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit zu sichern und soziale Ungleichheit zu verringern. Der Sozialstaat war notwendigerweise Verteilungs- und Umverteilungsstaat.

Das ändert sich grundlegend.

Nicht mehr der Staat sieht sich in der Verantwortung, er will nur noch die Randbedingungen dafür schaffen, dass der Einzelne nun seine Verantwortung für sich selbst übernehmen kann. Hierzu will der Staat aktivieren – damit unterstellt er zugleich, dass die Menschen zuvor passiv waren.

Sicher, es hat sie gegeben, die in der „Hängematte lagen, das ist durchaus bekannt, doch es waren immer nur wenige Prozent der tatsächlich Bedürftigen.

Es hat auch jene gegeben, die durch die Hilfe des Staates eine Versorgungsmentalität ausbildeten und abhängig von dieser Versorgung wurden, damit ihre Selbstverantwortung verloren.

Diese Probleme hätte man aber anders angehen können, wären sie es denn gewesen, die den Paradigmenwechsel auslösten.

Dieser Paradigmenwechsel hat einen völlig anderen Hintergrund: er will eine neue Gesellschaft.

Dafür werden zunächst zwei Bedingungen angeführt, die das erforderlich machen.

- Zum einen schwindet angeblich die öffentliche Legitimität sozialstaatlicher Arrangements, wenn Nutzer dieser Leistungen eine rationale Kalkulation eigener Handlungsschritte und deren Kosten vernachlässigen. Das ist allerdings eine Behauptung, die nur mit einem Wandel im Menschenbild erklärbar ist, den ich noch ausführlicher diskutieren werde.
- Zum anderen verschlechtern sich tatsächlich die Voraussetzungen für den sozialen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft; die Bevölkerung schrumpft, der Arbeitsmarkt wächst nicht mehr, die Steuereinnahmen gehen zurück.

Eine dadurch erforderlich gewordene noch stärkere Umverteilung schien den politisch Verantwortlichen kaum noch durchsetzbar zu sein. Statt dessen gibt man nun das Ziel einer sozialen Integration als gesellschaftliche Aufgabe auf und verlagert diese in das Subjekt.

Es entsteht so eine neue Form der Integration, für die zunächst einmal jeder für sich verantwortlich ist und auf einer zweiten Ebene Gemeinschaften diese Aufgaben übernehmen müssen.

Damit aber verschwindet die Idee einer solidarischen Gesellschaft hinter der Vorstellung, dass der einzelne Akteur zum Planungsbüro in eigener Sache wird, sich um Absicherung seiner Risiken durch eine entsprechende Vorsorge selbst bemüht.

Der Staat zieht sich zurück und überlässt das Feld den Menschen, die zu Unternehmern ihrer Selbst werden sollen.

- In einer solchen Gesellschaft überleben aber nur die Stärksten und Brutalsten, Solidarität wird im Haifischbecken zerfleischt.
- Den Armen bleibt die Suppenküche, während die Reichen ihre Fischzüge feiern.
- Letztlich wird dadurch die Ökonomie und deren Profiteure zur alleinigen Nutznießerin gesellschaftlichen Lebens.

Hier nun werden die Aktivierungsabsichten staatlicher Politik erst wirklich verständlich.

- Sie zielen auf alle jene, die sich nicht rational und kalkulierend verhalten, die noch keine Unternehmer ihrer Selbst sind. Man will sie daher hierzu motivieren, sie aktivieren, indem man sie fordert. Man will sie umerziehen! Man will ihre Selbstverantwortung befördern.

Hartz IV als Trainings-Programm!

Diese Aktivierungsstrategien sollen den Menschen ihr rationales Eigenverständnis als „Selbstversorgersubjekte“ entwickeln helfen; darin geht es um eine Neu-Steuerung der Verhaltensweisen von Menschen.

Sorgte bisher der Staat für seine Mitglieder durch die Absicherung von Risiken, sollen nun diese Gesellschaftsmitglieder ihre eigene Selbstsorge mobilisieren.

Wer das allerdings nicht kann, wer sich nicht als Unternehmer seiner selbst entfalten kann, dem bleibt lediglich eine Grundversorgung, die nicht dem Existenzminimum entsprechen muss, und dabei wächst die Bedeutung der Suppenküche als Notversorgung

Es wird wenig nach Gründen gefragt, weshalb Menschen diese Verhaltensweise nicht entwickelt haben bzw. nicht entwickeln können.

Da jeder zukünftig selbst verantwortlich ist, ist er auch schuld daran, wenn ihm genau das, aus welchen Gründen auch immer, nicht gelingt. Immerhin gelten neuerdings wieder Verwahrlosung, Unwissenheit und Faulheit als jene großen Plagen, die zu Armut führen.

Diesen Plagen will man mit Mitteln einer neu entstehenden Kontrollgesellschaft begegnen, zu denen Hartz IV und viele weitere Maßnahmen zu zählen sind:

- Überwachung, Fordern, Strafe, Sanktion, Zwang, Separation, sowie Prozesse einer kontinuierlichen Verhaltensmodulation, die zu neuen Methoden einer speziellen Fürsorgen führen.

Auf der einen Seite sind das Suppenküchen, die zur Versorgung jener werden, bei denen nichts mehr geht, bei denen sich nichts mehr fordern und fördern lässt.

Auf der anderen Seite geht es in der Politik und in der Sozialen Arbeit vorrangig um das Training Einzelner, um sie zur Steuerung ihres riskanten Verhaltens zu erziehen.

Letztere sind jene, bei denen es noch Hoffnung gibt, dass sie sich so entwickeln, wie es von ihnen erwartet wird, dass sie sich integrieren wollen und können

Die Aktivierungsstrategie zielt eben auf das Bild des eigennützigen und kapitalistischen Unternehmers, das damit gesellschaftlich verallgemeinert zum generell gültigen Menschenbild wird:

- Die kapitalistische Rationalität setzt sich als allgemeine Verhaltensanweisung durch. Jeder kämpft für sich und ist so nur noch an seiner eigenen Wohlfahrt interessiert.

3. Welches Menschenbild prägt die Debatte?

Der zentrale Gedanke dieses Modells ist der Mensch als ein rationaler Egoist, der seine partikularen Zielsetzungen managt und dabei seinen Eigeninteressen verpflichtet ist. Darin liegt zwar auch ein Stück Hoffnung, dass sich aus den Interessenskämpfen letztlich doch ein Allgemeinwohl ergebe - über den Status einer These ist dies aber bisher nicht hinaus gekommen.

Letztlich ist diese Vorstellung des „*homo oeconomicus*“ eine eng geführte und somit auch unzureichende Konzeption des Menschen. Dennoch prägt sie die gegenwärtige Debatte in entscheidender Weise und ist zentrale Philosophie des Paradigmenwechsels in der Sozialpolitik.

- Sie spaltet die Gesellschaft in nützliche und nutzlose Mitglieder.

Nicht ohne Zynismus hat die Sozialwissenschaft bereits vor einigen Jahren im Zusammenhang mit den Debatten über eine Neue Unterschicht den Begriff der „Überflüssigen“ geprägt:

- Es sind Menschen, die eingeschränkt oder auch gar nicht mehr leistungsfähig sind, im Sinne einer Verwertbarkeit ihrer Arbeitskraft, und so nur noch Kosten verursachen.

Dieser Zynismus macht Sinn, wenn man den Blick auf gegenwärtige Praktiken richtet.

- I. Im Profiling des Fallmanagement wird speziell für jüngere Menschen überprüft, inwieweit diese überhaupt die persönlichen Voraussetzungen, von den Fähigkeiten und vom Verhalten her, mitbringen, damit sich ein Engagement der Bundesagentur zur Platzierung des Betroffenen auf dem Arbeitsmarkt lohnt. So etwas nennt man Outputorientierung der Maßnahmen. Inwieweit dies

bereits auf alle Arbeitslosen ausgeweitet wurde entzieht sich derzeit meiner Kenntnis.

II. Sanktionen beim ALG II können auch bei nicht angemessenem Verhalten ausgesprochen werden.

III. Die Praxis der Ein-Euro-Jobs kann auch dahingehend interpretiert, dass hier noch das letzte Stück Arbeitskraft verwertet werden soll. Damit können eingesetzte Kosten zur Alimentierung zumindest ansatzweise refinanziert oder zumindest ökonomisch legitimiert werden.

IV. Es findet über als Kriterium „arbeitsfähig“ zudem eine Spaltung der Neuen Unterschichten statt:

- auf der einen Seite jene, die eben als arbeitsfähig gelten und somit zugleich, neben finanziellen Leistungen, eine ganze Palette an Fördermaßnahmen erhalten, so auch Ein-Euro-Jobs zur Förderung und Qualifizierung der Arbeitsleistungen,
- auf der anderen Seite jene, die eben als nicht mehr arbeitsfähig sind und so außer Sozialhilfe kaum noch Förderung erhalten. Während die ersteren noch als verwertbar gesehen werden, gelten die anderen quasi als aufgegeben, als überflüssig.

Dieses Modell haben zwar die Kommunen derzeit etwas durcheinander gewirbelt, indem sie in ökonomischer Eigennützigkeit Rentner, Kranke oder gar Komatöse zu Arbeitsfähigen stempelten; es wird aber sicherlich nach einer gewissen Übergangszeit in der angedachten Konzeption umgesetzt.

Diese Spaltung der Gesellschaft führt in klarer Konsequenz an ihrem unteren Ende eben zu einer weiteren Spaltung:

- in am Arbeitsmarkt verwertbare, die Leistungen erhalten,
- und in jene, die ökonomisch betrachtet nicht mehr verwertbar scheinen.

Für die letzteren bleibt dann die Suppenküche, die caritative Grund- und Notversorgung.

Das alles ist eine Verkürzung mit dem Zweck die Ökonomie und deren Profiteure zur alleinigen Nutznießerin gesellschaftlichen Lebens zu machen und ruht auf einer völlig unzureichenden Charakterisierung des Menschen, nämlich eines am Eigennutz orientierten, rational kalkulierenden und als Unternehmer seiner selbst agierenden Subjekts.

Es ist eine Verkürzung mit dem Zweck die Ökonomie und deren Profiteure zur alleinigen Nutznießerin gesellschaftlichen Lebens zu machen.

4. Was meint die provokante Gegenüberstellung von Suppenküche und Protest?

Lassen Sie es mich deutlich sagen: Suppenküchen, Tafeln, Kleiderkammer, kostenloses Mittagessen für Kinder, Arbeitslosenfrühstücks, Restaurants des Herzens und viele weitere Instanzen der caritativen Notversorgung sozial Ausgegrenzter sind derzeit erforderlich. Daran gibt es gar keinen Zweifel, doch es ist nicht alles, und es muß in seiner Logik verstanden werden.

Dieses neue Management des Elends, wie ich es einmal nennen möchte, bedient eigentlich nur das schlechte Gewissen, wie es die Almosenpraxis seit dem frühen Mittelalter schon immer tat:

- Es ist das Almosen, das der Reiche gibt, um auch weiterhin in seinem Reichtum schlemmen zu können.
- Der Arme wird allmählich wieder zur notwendigen Entlastung des Reichen.
- Durch den Ausbau des Sozialstaats überholt geglaubte Praktiken kehren langsam wieder.

Das symbolisiere ich einmal mit Suppenküche.

Das Fatale daran ist, dass Suppenküchen einerseits tatsächlich notwendig sind, dass sie andererseits aber auch das Elend fest schreiben, es nur noch verwalten, das Elend jener, die in ihrer Marginalisierung eingesperrt sind.

Doch neben der Notwendigkeit von Suppenküche ist Protest angesagt;

- Protest gegen das verkürzte Menschenbild,
- Protest gegen ausgrenzende Praktiken,
- Protest gegen die Reduktion der Versorgung auf Suppenküchenniveau,
- Protest gegen das reine Management des Elends.

Doch ich sehe keinen wirklichen und ernsthaften Protest. Ich lese kluge Äußerungen von Politikern oder Kollegen, ich höre Gewerkschaftler, ich höre auch hier und da Vertreter der Kirchen, ich weiß von der Verzweiflung der Menschen, die von HARTZ IV betroffen sind.

Doch dieser vereinzelte Protest findet nicht zusammen, er bleibt isoliert, individuell oder dient politischem und taktischem Kalkül.

Die Menschen, die sich als Betroffene zwischen Suppenküche und Protest befinden, sind letztlich froh, dass es die Suppenküche gibt.

Die Menschen die Protest organisieren könnten, sind schließlich auch froh, dass es die Suppenküche gibt, die noch schlimmeres verhindern.

Doch die Verzweiflung und die Angst der Suppenküchennutzer sollte zum Protest gebündelt werden, es sollte eine gesellschaftliche Diskussion über die Konsequenzen der anderen Gesellschaft geführt werden, die sich derzeit abzeichnet und die nur noch von Wirtschaftsinteressen geprägt sein wird.

Diesem kann man eine lange Tradition der Aufklärung, des Humanismus und des Christentums entgegen halten.

Lassen Sie mich hierzu zwei Bausteine anbieten - zunächst einen für vehemente Debatten um öffentliche Güter.

5. Bausteine des Protestes

Der Mensch lässt sich nur schwerlich auf die Konzeption des Eigeninteresses festlegen, er bewegt sich vielmehr zwischen unterschiedlichen Graden von Verpflichtungen und kulturellen Einbindungen.

- Er ist ein prinzipiell soziales Wesen und pendelt zwischen Egoismus und Altruismus – das lehren uns alle seitherigen Anthropologien der Moderne.
- Der Mensch ist nur als ein offenes Projekt zu begreifen.

Es ist sein Streben, das den Menschen prägt: die Bewältigung von Sorge und Leid, die Suche nach einer Ausweitung der Optionen und Verwirklichungschancen, die Bewältigung der Randständigkeit, der Wunsch nach einem gelingenderen Alltag.

- Noch die prekärste und düsterste Situation hat in sich immer einen Funken Hoffnung, wenn man den Menschen als offen für Entwicklungen begreift!

Wir müssen deshalb wieder stärker die Dimension der Anerkennung und Achtung als Maximen unseres Handelns entwickeln.

Achtung gegenüber einem Anderen ist die Vorstellung von einem Werte, „der meiner Selbstliebe Abbruch tut“.

Wer einen Menschen achtet, der räumt diesem einen Wert und einen Platz ein, der nicht nur die Quelle legitimer Ansprüche darstellt, sondern auch die eigene Position relativiert, sich in eigenen, egoistischen Perspektiven und Ansprüchen zurück nimmt.

Das anerkennende Subjekt ist zukünftig bereit, dem geachteten Menschen moralische Autorität zu verleihen und es gemäß seinem Wert zu behandeln.

Wenn wir Menschen achten gehen wir prinzipiell davon aus, dass sie auch fähig sind ihr Leben zu gestalten.

Ein Blick auf die Arbeiten von Martha Nussbaum und Amartya Sen zeigt, dass Achtung und Anerkennung immer auch meint, Menschen Räume zu öffnen, in denen diese ihre Fähigkeiten entwickeln und einsetzen können.

In einem Guten Leben, wie es Nussbaum beschreibt, muss die Beförderung jener Tätigkeiten und Fähigkeiten möglich sein, ohne die ein Leben zu viele Defizite bergen würde. Zu diesen zählen bspw.:

- Ein volles Menschenleben bis zum Ende zu führen
- Eine gute Gesundheit, eine angemessene Ernährung, eine angemessene Unterkunft, Möglichkeiten der Sexualität, Möglichkeiten der Mobilität
- Die Verbundenheit mit anderen Menschen, familiäre und soziale Beziehungen
- lachen, spielen und Freude haben

Staatlich-gesellschaftliche Ordnung muss deshalb die Menschen in der Entfaltung ihrer Tätigkeiten und Fähigkeiten unterstützen; es müssen Chancen und Optionen für alle bestehen, entsprechend ihrer Fähigkeiten eine gute Lebensführung zu leben, und zwar ein ganzes Leben lang.

Dies kann nur durch eine präventive Strategie geschehen, die nicht wartet, bis es den Menschen schlecht geht; zu diesen Strategien, die auch als öffentliche Güter diskutiert werden, zählen:

- eine humanistische Erziehung, Bildung, Gesundheit, Arbeit, Sicherheit für Leben und Besitz aber auch gesunde Luft und gesundes Wasser, ausreichende Ernährung und Unterkunft, Schutz vor tätlichen Angriffen, Schutz der Künste und der Wissenschaften, Gewährleistung von Entscheidungsfreiheit, Erholungsmöglichkeiten, Schutz einer unantastbaren Sphäre.

Es geht darum den Menschen eine Chance zu eigenständiger Entwicklung zu ermöglichen, die immer auch eine offene Entwicklung ist.

Wir täten deshalb gut daran, die Erfahrungen mit eigenständiger Entwicklung aus Afrika oder Lateinamerika in unserem Lande und für unser Land zu nutzen. Schnell würde uns wieder bewußt, dass es eine lange Praxis der Befreiung gab, insbesondere in Lateinamerika, an der auch die Kirche mit gestaltet haben.

Dies ist ein Baustein. Ich komme zu einem zweiten, der eher handlungsorientiert ist.

Natürlich dürfen wir neben der Bedeutung sozialstaatlicher Rahmungen nicht übersehen, dass die bisherige Vergabep Praxis von Hilfe mitunter auch eine einschläfernde Wirkung auf die Subjekte hatte; sie ließ durchaus eine Selbstversorgermentalität wachsen und machte so auch Menschen abhängig von Hilfe und von Almosen. Doch das gilt doppelt; es galt bisher und es gilt, die Praxis der Suppenküchen reflektierend, jetzt erst recht.

In dem neuen Paradigma der Verantwortung liegt jenseits des verkürzten Menschenbildes, auch eine Chance: nämlich Leben in Selbstgestaltung zu entwickeln.

In diesem Bild der Verantwortung wird nämlich auch ein Netzwerk gezeichnet, in dem jeder in eine Vielzahl von Beziehungen eingebunden ist: Familie, Nachbarschaft, soziale Gemeinschaft, Kollegen.

Es kann nun, und das liegt in unserer Verantwortung, in diesem Netzwerk ein neues Beziehungsgeflecht wechselseitiger Verpflichtungen konstituiert werden, das hilft und unterstützt, fördert und aktiviert

Wenn der Staat sich zurückzieht, die Verantwortung auf das Subjekt überträgt, dann wächst eben die Bedeutung der dazwischen gelagerten Ebene.

- Das ist die Gemeinschaft, das ist die community, das sind aber auch intermediäre Organisationen, die NGO`s, und zu diesen zählen auch die Kirche, die Kirchengemeinden, die Basisgemeinden.

Durch Aufbau und Entwicklung verantwortlich handelnder Gemeinschaften, in denen jeder bereit sein sollte, sich selbst einzubringen, kann das Soziale auf einer mittleren Ebene erneuert und soziale Gerechtigkeit wieder maximiert werden.

- In der community ist das Subjekt dabei sowohl sich selbst verantwortlich als auch auf soziale Bindungen verwiesen.
- Communities können so jenen Menschen helfen, die in ihrer Eigenverantwortung nur eingeschränkt handlungsfähig sind.

Kirchen nun können, und das wäre das Zentrum des zweiten Bausteins, in ihren Basisgemeinden an diesen unterstützenden communities bauen, sie können sich vor Ort einmischen und Aktivierung befördern, sie können dabei aber auch immer wieder zum Garanten der Menschlichkeit werden.

Es geht nämlich auch darum communities gegen das ökonomische Kalkül kalkulatorischer Verwertbarkeit menschlicher Leistungsfähigkeit zu inszenieren.

Schluss

Heiner Geißler, ein ehemaliger Sozialminister der Republik, hat kürzlich ein kleines Bändchen vorgelegt: Was würde Jesus heute sagen? Darin lesen wir zur Debatte über Menschenbilder und Nächstenliebe, also Unterstützung: „Der Mensch ist ein Sozialwesen. Er kann ohne andere Menschen nicht leben. ... In einem modernen Industriestaat zeigt sich Nächstenliebe nicht mehr allein in Lazaretten und warmen Suppen. Für 80 Millionen Menschen sind auch soziale Sicherungssysteme nötig, Absicherung der Lebensrisiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit und ein soziales Arbeitsrecht mit Kündigungsschutz. Dieses Menschenbild ist ein großes Versprechen, das auch eingelöst werden muß... Die Forderung der Nächstenliebe ist ... der revolutionäre Kern der evangelischen Botschaft“ (Geißler 2004, 28/28)

Am Ende seines Buches verweist er deshalb auf jene Endzeitrede, die Jesus zwei Tage vor dem Passahfest im Tempel von Jerusalem gehalten hat und dabei den politischen Inhalt seiner Botschaft zusammen fasste. Die eine Hälfte richtet sich dabei an diejenigen, die es gut gemacht, die zweite Hälfte an diejenigen, die es schlecht gemacht haben. Denen, die es gut gemacht haben, sagt er:

„Kommt her, ihr seid von Gott gesegnet, denn ich war hungrig, und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig, und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen; ich war nackt, und ihr habt mir Kleidung gegeben; ich war krank, und ihr habt mich besucht; ich war im Gefängnis, und ihr seid zu mir gekommen.“

Auf die Frage seiner Mitstreiter, wann sie das alles getan haben sollen, sagt er schlicht:

„Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“

Daraus lässt sich, aus christlicher aber auch aus weltlicher Sicht, die Praxis der Suppenküchen ableiten, aber auch die Notwendigkeit zum Protest in einer Welt, in der Suppenküchen nur noch eine Notversorgung darstellen und es eigentlich um die Würde, die Achtung und die Anerkennung der Anderen als Menschen geht.

Sowohl Suppenküche als auch Protest sind erforderlich in einer Zeit, die den Primat der Ökonomie und das Recht der Profiteure betont.

Gerade die Kirche sollte deshalb wieder deutlicher an der Seite der Armen stehen und eindeutig Stellung beziehen.